



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Politische Correspondenz. 2.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Politische Correspondenz.

### 2.

Wenn die allgemeine Aufmerksamkeit nicht so aufgeregert dem deutschen Norden zugewendet wäre, würde, was sich jetzt in Oestreich vollzieht, auch in Deutschland mit größter Theilnahme beobachtet werden. Denn dort ist die bisherige Verfassung geräuschlos, ohne Widerstand, ja ohne laute Theilnahme des Volkes nicht aufgehoben, aber unmöglich gemacht worden. Es war vor siebzehn Jahren eine Todesgefahr des Staates nöthig, um den Regierenden die Erkenntniß zu geben, daß auch ihr Staat in den verhaßten Formen regiert werden müsse, welche den Leidenschaften einen gesetzlichen Spielraum verschaffen, der Regierung aber die Möglichkeit, ihre Völker durch die politischen Führer derselben zu leiten. Der künstliche Bau der Februarverfassung war der erste Versuch des Kaiserstaates, sich nach den unabweisbaren Bedürfnissen der Zeit zu regeneriren. Es gelang nicht, die Gesammtheit der Stämme durch diese Verfassung zusammenzubinden, nach sechzehn Jahren legt man diesen Versuch bei Seite, still und mit freundlichem Antlitz, wie man zu Wien dergleichen abthut, und man denkt auf ein neues Experiment.

Man darf nicht verkennen, daß diese unfertige Verfassung, welche bis jetzt gegolten, der Regierung die wichtigsten Dienste gethan hat, der Reichsrath hat ihr Credit verschafft, also die Möglichkeit zu existiren. Die politische Thätigkeit desselben hat auch eine Presse und die Theilnahme der Völker an ihren größten Interessen großgezogen, Millionen haben sich als Oestreicher fühlen gelernt, auch in den Stämmen, welche nach einer Separatstellung innerhalb des Staates streben, ist die Erkenntniß der Vortheile lebendig geworden, welche der politische Zusammenhang mit dem Ganzen für sie hat. In sechzehn gefährlichen Jahren ist außerdem für Besserung der Rechtspflege, der Administration, der Unterrichtsanstalten, für die Entwicklung der Industrie und des Landbaues sehr viel geschehen, wenige Oestreicher werden das frohe Gefühl von sich fern halten, daß die Entwicklung ihrer Cultur in starkem Fortschritt sei, und daß das Erwachen des politischen Lebens, wie ungenügend seine Formen waren, diesen Segen über den Staat gebracht habe. Denn nie und nirgend vielleicht ist das Glück einer Verfassung den Menschen so eindringlich geworden, als gerade in dem Staat, dessen Constitution die irrationalste war, welche je ein moderner Staatskünstler erdacht hat. Freilich auch wer die guten Wirkungen der Verfassung freudig zugab, konnte die Empfindung nicht los werden, daß sie inner

lich hohl und unhaltbar war. So lange sie unvollständig ausgeführt blieb, in interimistischem Bestande waren die Rechte des Reichsraths ungenügend, die Regierung erhielt reichlich Gelegenheit, seinen Beschlüssen ihre Pflicht gegen den Gesamtstaat vorzuhalten, ja die Wirksamkeit einer solchen Verfassung vergrößerte alljährlich die Kluft zwischen den vertretenen und nicht vertretenen Ländern; wenn wieder diese Verfassung vollständig zur Ausführung kam und jeder Stamm seine Repräsentanten nach Wien sandte, dann trat die Gefahr nahe, daß eine Majorität der Magyaren und Slaven die Minorität der Deutschen tyrannisiren werde, und daß in der deutschen Hauptstadt eine neue Art polnischen Reichstags auferstehen werde, der vor aller Welt die deutschfeindlichen Gesinnungen einer großen Majorität der Staatsbürger offenbare. Das wußte die Opposition des bisherigen Reichstages sehr gut, das fürchtete wahrscheinlich auch der Staatsmann, welcher in Oestreich vorzugsweise für den Vertreter der Idee eines Gesamtstaates galt. So trieb man fort auf den Wellen, aus einem Jahr in das andere, und machte sich die Sorge um die Zukunft so leicht als möglich. An höchster Stelle wurde die Volksvertretung der treuen Lande wahrscheinlich als eine ungemüthliche Erfindung betrachtet, die man mit dem besten Anstand zu ertragen wußte, so lange sie die Geldmittel, welche die Regierung ohne Einstimmung des Volkes nicht mehr beschaffen konnte, nach einigen Debatten bewilligte. Herr v. Schmerling galt für den Mann, der allein in Oestreich im Stande sei, mit Volksvertretern fertig zu werden, darin lag das Geheimniß seiner Unentbehrlichkeit und der Einfluß, den er in einzelnen Fällen auf die höchsten Entschlüsse ausübte, ein Einfluß, der im Ausland oft überschätzt wurde. Er war kein Mann des persönlichen Vertrauens, und daß er zuweilen erklären mußte, nur unter unwillkommenen Bedingungen eine Geldbewilligung durchzusetzen, gab ihm am Hofe die Stellung eines Volkstribunen, die zuletzt unerträglich erschien. Als die Majorität seiner Abgeordneten sich unfügsam zeigte und ernsthaft auf große Reductionen der Ausgaben drang, wurden die Uebelstände einer — halben — Verfassung sehr fühlbar, und die mehrjährige Arbeit der Hofspartei, ein solches Regiment zu beseitigen, hatte Erfolge.

Aber auch die äußeren Verhältnisse des Staates machten eine Versöhnung mit den schmollenden Ungarn wünschenswerth. Seit jener schnelle Versuch des Kaisers, die deutschen Souveräne in Frankfurt zu einer großen Liga zu vereinigen, an dem Widerstande der deutschen Mittelstaaten gescheitert war, hatte sich Graf Rechberg, der jenem Versuche fremd geblieben, Preußen genähert. Gemeinsamer Unwille gegen die Mittelstaaten erleichterte den beiden Großmächten, sich zu verständigen, während beide für die europäischen Verwickelungen nach einem Allirten aussahen. Beiden machte der Tod des Königs von Dänemark und die unerwartete Aufregung in Deutschland schnelles gemeinsames

Handeln wünschenswerth. Selbst als Herr v. Manteuffel gegen den Wunsch des preussischen Ministerpräsidenten die Armee König Wilhelms in den Krieg gegen Dänemark zog, ließ man sich in Wien das gern gefallen, es war eine militärische Action, welche nicht zu kostbare Erfolge wahrscheinlich machte, man erhielt Gelegenheit, seinen deutschen Beruf auszusprechen und sein Heer durch Norddeutschland zu führen. Man fand den unerwarteten Troß der Dänen bald sehr gelegen, und die preussische Allianz war durch einige Monate entête cordiale, was nicht verhinderte, daß man die unbehilflichen Bestrebungen der Preußen, sich in den Herzogthümern festzusetzen, mit Argwohn ansah und den anfänglichen Widerwillen gegen die Candidatur des augustenburgischen Hauses überwand, seit man in Wien die Aussicht erhielt, auch auf die Stellung des künftigen Herzogs zu Preußen einen bestimmenden Einfluß zu üben.

Schon war das gute Verhältniß zu Preußen getrübt, das in Wien geneigt zu Uebergriffen, begehrlieh und unzuverlässig erschien, als Napoleon der Dritte durch den Septembervertrag mit Italien einen plötzlichen Schrecken hervorbrachte, der noch einmal zum Anschluß an den Nachbar trieb. Der Kaiser stellte im Grafen Mensdorf einen Mann seines persönlichen Vertrauens an die Spitze der auswärtigen Geschäfte, man war durch einige Wochen überzeugt, daß man an Preußen große Concessionen machen müsse, um den guten Willen des Alliirten für Italien zu gewinnen. Und wir fürchten, der preussischen Politik wird einst mit Recht ein großer Vorwurf gemacht werden, daß sie diese günstige Lage nicht schnell genug zu benutzen verstand. Denn bald war in Wien die erste bange Sorge überwunden. Zwar die Temperatur nach Frankreich wurde zunächst kälter, es gelang Herrn von Bach nicht, von der österreichischen Politik den Vorwurf fernzuhalten, daß sie die Verhandlung Victor Emanuels mit dem Pabst erschwere, aber die Unbestimmtheit des französischen Vertrages selbst, die conservative Reaction, welche unter den Bonapartisten gegen den Vertrag Boden gewann, und die Auffassung, daß der Kaiser Napoleon nicht in der Lage sei die Chancen eines großen Krieges zu wünschen, beseitigten einen Theil der italienischen Sorge. Man sah mit Freuden, daß die Preußen unterdeß in den Herzogthümern vieles gethan hatten, sich die Bevölkerung zu Feinden zu machen, man hörte wieder wohlwollend auf die Versicherungen des Vertrauens, welche die Mittelstaaten aussprachen, man erkannte, daß die eigene Position durch Preußen so günstig als möglich gemacht worden sei. Oestreich stand in ruhiger Defensive. Es war Mitbesitzer, es begünstigte jetzt offen die augustenburgischen Ansprüche, es war „uneigennützig“ bereit, für Preußen in dem deutschen Interesse einige nicht unwesentliche Rechte an den Herzogthümern einzuräumen. Diese Rechte aber waren eine große Concession, welche man dem Alliirten machte, sie durften in keinem Fall soweit gehn, daß die Souveränität des einzusetzenden neuen Bundesfürsten wesentlich dadurch beeinträchtigt wurde.

Man stellte sich auf einen Standpunkt, wo man mit den Mittelstaaten zusammentraf, indem man betonte, daß seine Stellung als Mitglied des deutschen Bundes durchaus nicht beeinträchtigt werden dürfe.

Diese Politik war für Oestreich vortrefflich, sie hatte die öffentliche Meinung des halben Deutschlands für sich, sie machte die Majorität von Frankfurt für den Fall, daß Preußen nicht nachgeben wollte, zu eifrigen Verbündeten. Nie seit dem Jahre 1848 hat Oestreich eine so glänzende und für die Gegenwart so unangreifbare Position eingenommen, und wir müssen zugeben, selten hat es mit solcher Haltung das sichere Gefühl einer guten Stellung empfunden. Denn immer ist dem Kaiserhause das Herrenamt über Deutschland als der werthvollste Erwerb erschienen, nicht nur weil alte Erinnerungen und Familienansprüche unablässig stacheln, noch mehr deshalb, weil von dem festen Halt in Deutschland die Sicherheit des außerdeutschen Besizes, im letzten Grunde die Existenz des Staates abhängt. Nur eines war noch übrig, um die gute Lage in Deutschland zu sichern — Friede im Innern. Seit die Möglichkeit, mit Preußen über Schleswig-Holstein zu zerfallen, in Wien nahe trat, reifte der Plan, sich mit den Ungarn auf Kosten der Februarverfassung zu versöhnen. Wie weit das neue Ministerium im Stande sein wird, die Kaiserfahrt nach Pesth für die Länge fruchtbar zu machen, ist ihm selbst wohl noch verborgen. Unläugbar aber ist für den Augenblick in Europa ein großer Erfolg durchgesetzt. Oestreichs Machtmittel erscheinen verstärkt, die Sorge um einen geheimen Feind im Rücken seiner Heere ist beseitigt. Die Ungarn werden in der Stunde kaiserlicher Gefahr wahrscheinlich nicht wieder begeistert ausrufen: *moriamur pro rege nostro*, aber sie würden gegenwärtig nicht unwillig Geld und Soldaten liefern. Denn sie sind eine aristokratische Nation, und ihre Großen haben durch Jahre empfunden, wie unbequem die isolirte Zurückhaltung ist, die Zollschranke zwischen Ungarn und Oestreich ist gefallen, das ganze Volk hat schätzen gelernt, welchen Werth die Verbindung mit Oestreich für den Wohlstand Ungarns hat, für Agitatoren, wie Kossuth und Klapka, ist gegenwärtig keine Aussicht. Der Kaiserstaat steht jetzt nach außen stattlich geschlossen, die alten Farben schwarz und gelb wehen wieder auf jedem Berggipfel der großen Ländermasse, welche, vom Norden aus fast unangreifbar, wie eine riesige Festung in Deutschland liegt, auf seiner schwächsten Seite, dem Donauthal, durch Bayern gedeckt.

Die Politik Oestreichs ist wieder in die alten Bahnen zurückgelenkt, die man einmal, nicht zu rechter Zeit, in dem dramatischen Spiel eines Fürstencongresses aufgegeben hatte. Es ist eine vornehme, geräuschlose Politik, welche dem Gegner mit ruhigem Lächeln ins Antlitz schaut, alle scharfen Spizen vermeidet, in unwesentlichen Dingen gefällig nachgiebt, in der Hauptsache ungeührt durch Vernunftgründe und heftige Erklärungen immer wieder auf ihre alten Säge zurückkommt, welche ohne geistreiches Wesen, ohne große Ideen,

den Eindruck einer sichern Einfachheit macht, welche auch ihre innere Unruhe und Unsicherheit trefflich zu verbergen weiß und so lange als möglich vermeidet eine Krisis herbeizuführen. Sie hat sich allerdings gewöhnt, nur für das Nächste zu sorgen, und die letzten Grundlagen für eine vornehme Haltung fehlen ihr, die Ueberzeugung nämlich, daß sie auf den Wegen, welche sie wandelt, sicher fortgehn wird. Aber sie verliert keinen Augenblick das aristokratische Gefühl, daß die Welt um ihretwillen da ist, und daß sie, wo sie zunicht, zugleich eine hohe Gunst erweist, welche Dankbarkeit heischt.

Man hat im Innern jezt Rath geschafft für das nächste Jahr. Da Geld ohne Einwilligung der Völker nicht mehr zu beschaffen ist, wird man etwa im nächsten Jahre daran denken, einen andern Reichsrath zusammenzurufen. Man wird sich das nicht zu schwer machen und sich vor allem dabei nicht über Unzufriedene ereifern. Man wird in der Stille dafür sorgen, daß der neue Reichsrath nicht unbequemer wird, als der alte war. Kein Zweifel, die nöthigen Bewilligungen werden wieder gemacht werden, um das neue Deficit zu decken, und in neuen Formen wird die alte aristokratische Methode, Geschäfte zu behandeln, werden die alten Ansprüche auf das Principat über Deutschland ebenso gleichmüthig, ruhig, selbstzufrieden arbeiten wie bisher.

Was man auch von solcher Politik halten mag, in der gegenwärtigen Lage Deutschlands ist ihr Sieg über die Ansprüche Preußens auf die Herzogthümer nicht aufzuhalten. Wir sind so weit gekommen, daß preußische Landesländer, Journalisten und Abgeordnete, von Oestreich\*) in Schutz genommen werden, und daß Oestreich Gelegenheit erhalten hat, sich in Deutschland reichlich alle die Sympathien zu erwerben, welche ein Schützer gegen Gewaltthat sich unter allen Umständen verdient. Es liegt ganz im Wesen der östreichischen Politik, daß sie den gereizten Forderungen Preußens, die Landesregierung in Schleswig-Holstein zu reformiren, artig nachgiebt, man weiß in Wien sehr gut, daß unsere Ansprüche an die Herzogthümer dadurch auch nicht die geringste Förderung erhalten, und daß die polizeilichen Kraftäußerungen gegen Journalisten und holsteinische Beamte nur Schläge in trübes Wasser sind, welche den Schlagenden selbst am übelsten zurichten. In der Hauptsache ist auf eine Nachgiebigkeit — außer in Nebenpunkten — gar nicht mehr zu hoffen, und die Zusammenkunft der Souveräne in Gastein wird sich gerade so resultatlos erweisen, wie sich frühere persönliche Unterredungen deutscher Fürsten in schwebenden Geschäften erwiesen haben.

Freilich wenn man den officiösen Federn in Berlin glauben dürfte, wäre noch eine andere kräftige Lösung der holsteinischen Sache denkbar. Gewisse schlesische Festungen sind mit neuem Kriegsmaterial versehen, und die darüber plauderten, sind allerdings in der Lage, ihre Nachrichten aufrecht zu erhalten;

\*) Nachdem der betreffende Abgeordnete unerhörterweise bei Halbhuber darum petitionirt.  
D. Red.

die preußische Regierung hat sich durch eine Finanzoperation mit der Köln-Mindener Eisenbahn große Geldsummen, vielleicht dreißig, vielleicht vierzig Millionen beschafft, kein Zweifel, das hat Großes zu bedeuten. Leider ist dies heimliche Waffengeräusch hinter der Scene von der Art, daß es durch einen einzigen kleinen Artikel in einer Zeitung des Kaiser Napoleons zum Schweigen gebracht wird. Wenn in Preußen selbst dergleichen für wichtig gehalten wird, so beurtheilt man dort, wie uns scheint, Lage, Stimmungen und persönliche Einwirkungen der regierenden Kreise durchaus anders, als sie verdienen. Ein Krieg auf Tod und Leben, der die ganze Volkskraft Preußens entfesseln muß, ist kein Krieg, den die Regierenden, auch wenn sie davon sprechen sollten, jemals im Ernst wünschen dürfen. Denen aber, welche im patriotischen Zorn immer noch hoffen, was sie wünschen, soll hier am Schluß durch eine Frage geantwortet werden, die man nicht für ungehörig und nicht für frivol halten möge: Die Pickelhauben der preußischen Infanterie haben sich als unbrauchbar für jede Campagne bewiesen, wie kommt es wohl, daß die Absicht aufgegeben wurde, dies Monturstück mit einem kriegsmäßigeren zu vertauschen? Wer diese Frage richtig beantwortet, wird den Gedanken an einen deutschen Krieg um Schleswig-Holstein austreichen. — Es sind freilich nicht die Pickelhauben allein, welche einen Krieg mit Oestreich und Zuhör unthunlich oder officiös ausgedrückt unelegant machen.

Die Frage aber steht für uns Preußen jetzt so: Krieg oder Otmüg? — —

♀

---

## Bermischte Literatur.

Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Karl Friedrich Neumann. Zweiter Band. Berlin, 1865. Karl Heymanns Verlag. 592. S. 8.

Dieser zweite Band, dem im nächsten Jahre der dritte und letzte folgen soll, führt die Geschichte der nordamerikanischen Union von der ersten Präsidentschaft Jeffersons bis zum Ende der zweiten Präsidentschaft Jacksons fort und behandelt hierbei unter anderem die für Beurtheilung des gegenwärtigen Amerika besonders wichtigen Fragen der Sklaverei in den Südstaaten und der Ereignisse, aus denen die Monroedoctrin hervorging, in ausführlicher Weise. Die Arbeit, mehr Geschichte der Parteien und der Verfassung Amerikas als Darstellung der großen Actionen,